



Dr. Johann Wadepuhl

Mitglied des Deutschen Bundestages

Newsletter 22 vom 21.06.2019

Mordfall Lübcke – Starker Staat gegen die rechtsextreme Barbarei

Am 2. Juni 2019 wurde Ermittlungen zufolge der Regierungspräsident von Kassel Walter Lübcke (CDU) aus nächster Nähe niedergeschossen. Der Tatverdächtige ist nach Informationen des Verfassungsschutzes bereits seit vielen Jahren im rechtsextremen Milieu aktiv. Wegen des Verdachts, dass der Täter im Kontext einer rechtsextremen Organisation gehandelt haben könnte, hat am Montag, den 17. Juni die Bundesanwaltschaft den Fall an sich gezogen. Bundesinnenminister Horst Seehofer teilte am 18. Juni mit, man müsse davon ausgehen, dass es sich um einen rechtsextremen Täter und um einen rechtsextremen Tathintergrund handle. In der Vergangenheit war Walter Lübcke bereits mehrfach wegen seiner politischen Haltung insbesondere in der Flüchtlingslage 2015 bedroht und angefeindet worden. Für Empörung sorgten die Reaktionen und Kommentare aus der rechten Szene, die nach Lübckes Tod in sozialen Medien kundgetan wurden. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bezeichnete dies als "zynisch, geschmacklos, abscheulich, in jeder Hinsicht widerwärtig".

Meine Meinung

Die Worte des Bundespräsidenten treffen es auf den Punkt. Wir können vor der Diagnose nicht länger die Augen verschließen, dass sich in den sozialen Medien eine Tendenz zur Verrohung zeigt. Schon länger bekannt sind Phänomene wie die sogenannten „Meinungsblasen“ oder „Echobunker“. Mit diesen Metaphern bezeichnen Kommunikationswissenschaftler den Effekt, dass sich Nutzer von sozialen Medien mit ausgewählten Inhalten und Meinungen umgeben. Wegen der selbstverstärkenden Effekte liegen sie zunehmend „im eigenen Saft“. Das ist hinnehmbar, auch wenn es gemessen am Maßstab informierter und mündiger Staatsbürgerschaft nicht erfreulich ist. Hochproblematisch hingegen ist die sprachliche Enthemmung und Verrohung, die beim gegenwärtigen Mordfall Lübcke zu Tage getreten ist - sowohl vor der Tat als auch danach. In einer zivilisierten Gesellschaft darf es hierfür null Toleranz geben. Die Freude am Tod eines Mitmenschen ist Barbarei, nichts anderes. Das gleiche gilt für wüste Schmähungen, Morddrohungen und Anfeindungen gegenüber einem Mitmenschen.

Der Verdacht, dass Worte der Gewalt zu Taten der Gewalt verleiten, ist nicht von der Hand zu weisen. Daher ist für mich unstrittig, dass wir auch im Netz Regeln brauchen. Die Debatte darüber läuft ja bereits. Wichtig ist, dass wir uns die dafür nötige Zeit nehmen.

Das Thema muss ruhig und besonnen beraten werden, reflexartig propagierte einfache Lösungen, die beispielsweise eine unangemessene Einschränkungen der Meinungsfreiheit in Kauf nehmen, darf es nicht geben. Auch diese ist ein zivilisatorischer Wert, den wir bewahren müssen.

Gleichzeitig muss bei aller Sorge, Wut und Trauer, die wir angesichts der Geschehnisse um den Mord erfahren, eines klar sein: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein starker Staat. Sie ist ein Rechtsstaat mit schlagkräftiger Polizei und hervorragender Justiz, um die uns Menschen in vielen anderen Ländern dieser Welt wirklich beneiden. Worauf es nun ankommt, ist eine Konzentration aller polizeilichen und juristischen Mittel, um die Tat und ihre Hintergründe und alle Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Ich bin zuversichtlich, dass das wie bei anderen Verbrechen auch im Mordfall Lübcke gelingen wird.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende!

Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Johann Wadehul', written in a cursive style.

Johann Wadehul